

„Sarrazins Haushaltstrick“

Opposition droht mit Klage wegen 723 Millionen Euro – Sprecherin weist Vorwürfe zurück

■ Von Gilbert Schomaker

Die Opposition im Abgeordnetenhaus hat mit einer Verfassungsklage gedroht. Anlass ist der Umgang des Senats mit 723 Millionen Euro – einem Teil des Erlöses aus dem Verkauf der Landesbank. Seit August liegt dieser Teilbetrag einer stillen Einlage auf einem Senatskonto – aber erst 2008 soll er in den Haushalt eingestellt werden. Darin sehen Finanzexperten von CDU, Grünen und FDP einen Verstoß gegen die Landes-

haushaltsordnung, die vorschreibt, Einnahmen auch in dem Jahr zu verbuchen, in dem sie fließen. „Der Senat macht hier einen Trick, um im nächsten Jahr einen Haushaltsüberschuss verzeichnen zu können. Das geht so nicht“, sagte Florian Graf, Haushaltsexperte der CDU-Fraktion auf einer gemeinsamen Pressekonferenz der drei Oppositionsparteien zum Nachtragshaushalt 2007. Sollte der Senat – so die Opposition – an seiner „rechtswidrigen“ Haushaltspolitik festhal-

ten, wolle man in einem ersten Schritt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Parlementsdienstes veranlassen und dann ein weiteres externes Rechtsgutachten einholen.

Gerichtsurteil Mitte 2008

„Sollte der Senat die 723 Millionen Euro dann immer noch nicht ordnungsgemäß im Haushalt verbuchen, werden wir den Gang zum Verfassungsgericht prüfen“, so der haushaltspolitische Sprecher der FDP, Christoph Meyer. Ein Urteil könnte

das höchste Berliner Gericht dann Mitte 2008 fällen. „Uns geht es um Wahrheit und Klarheit im Haushalt“, sagte Meyer. Der haushaltspolitische Sprecher der Grünen, Jochen Esser, ergänzte: „Es gibt die Gefahr, dass der Senat andere Einnahmen als Rücklagen verbucht, ohne dass sie im Haushalt auftauchen – und sich dann bedient, wenn er das Geld braucht. So etwas geht gar nicht.“ Er warnte davor, dass das Abgeordnetenhaus in seinem ureigensten Recht, den Haushalt aufzustellen und zu überprüfen, durch dieses Vorgehen des Senats beeinträchtigt wird. „Wenn das erst einmal einreißt, dann kriegt man ein Problem“, sagte Esser. „Das ist eine grundlegende Frage, die geklärt werden muss“, betonte Meyer. Wenn die 723 Millionen Euro nicht als Einnahmen im Haushalt 2007 verbucht würden, sei auch der Haushalt nicht ausgeglichen, sagte der FDP-Politiker. „Was Wowereit und Sarrazin im Sommer als Erfolg verkauften, tritt dann nicht ein“, sagte Meyer.

Die Oppositionspolitiker fordern, dass der gesamte Erlös –

eben auch die 723 Millionen Euro aus der stillen Einlage – in das Sondervermögen zur Risikoabschirmung der riskanten Geschäfte der Bankgesellschaft eingestellt werden. Insgesamt beliefen sich die Einnahmen beim Verkauf der landeseigenen Bank auf 5,32 Milliarden Euro. Nach Angaben des Grünen-Politikers Esser geht die Finanzverwaltung mittlerweile in verschiedenen Szenarien davon aus, dass mehr als die bisher veranschlagten 4,5 Milliarden Euro für die Risikoabschirmung gebraucht werden. Das gehe aus

vertraulichen Berichten des Finanzsenators an das Abgeordnetenhaus hervor, so Esser – ohne konkreter zu werden.

Kristina Tschennett, Sprecherin der Senatsfinanzverwaltung, wies die Kritik zurück. Das Geld aus der stillen Einlage müsse wie ein Darlehen verstanden werden, das erst zum 31. Dezember fällig werde. Mit dem nun schon wegen des Verkaufs der Bank im August gezahlten Geld werden Kredite bedient, um neue Zinsbelastungen zu sparen.



FOTO: PA/DEFA

Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD)